

Kohleausstieg | 18.02.2016 | Lesezeit 2 Min.

Klimaschutz geht anders

Die Kohleverstromung wird mittel- bis langfristig in Deutschland an Bedeutung verlieren. Das ist absehbar. Trotzdem wird vielfach ein Kohleausstieg per Staatsbeschluss gefordert. Das bedient allenfalls ökobewegte Symbolpolitik und hilft dem Klima wenig.

Nach dem sogenannten Klimabeitrag und einem mühsam errungenen Kompromiss zur Stilllegung einiger Braunkohlekraftwerke soll den restlichen Kohlemeilern in Deutschland jetzt per Gesetz der Garaus gemacht werden. Der Thinktank Agora Energiewende beispielsweise – eine Wissenschaftlergruppe, die sich dem Klimaschutz verpflichtet fühlt – schlägt vor, dass zwischen 2018 und 2040 sämtliche Kohlemeiler in Deutschland abgeschaltet werden müssen.

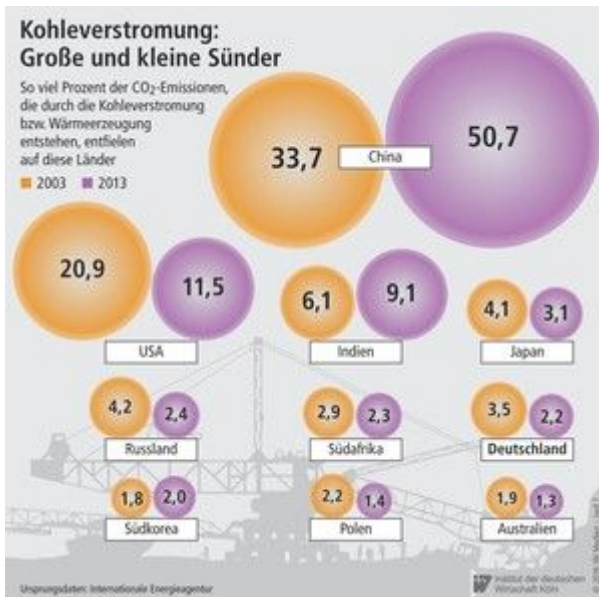
Begründet wird der Vorschlag damit, dass dies notwendig sei, um die Beschlüsse der Pariser Klimakonferenz umzusetzen. Schließlich soll es bis Mitte des Jahrhunderts quasi ohne fossile Energien gehen.

Solche Vorstöße übersehen allerdings, dass Europa diesen Weg bereits eingeschlagen hat – mithilfe des europäischen Emissionshandels (vgl. iwd 48/2015). Dieser Handel mit Verschmutzungsrechten würde durch eine einseitige deutsche Regelung ausgehebelt. Denn je weniger Kohle in Deutschland verbraucht wird, desto mehr Zertifikate bleiben für andere Länder übrig. Es wird also europaweit kein Gramm Kohlendioxid (CO₂) eingespart.

Es ist auch keine Lösung – wie von Agora vorgeschlagen –, die frei werdenden Zertifikate einfach zu löschen. Das käme der nationalen Kündigung einer europäischen Übereinkunft gleich. Denn die Zertifikate würden künstlich verknappt und die Mehrkosten infolge höherer CO₂-Preise hätten alle Mitgliedsstaaten zu tragen. Das ist

in Europa kaum mehrheitsfähig und führt das Instrument ad absurdum.

Wenn der Klimaschutz wirklich gelingen soll, ist zumindest ein europäisches, am besten ein globales Vorgehen nötig. Zumal Deutschland zu allen CO₂-Emissionen, die weltweit durch Kohleverstromung entstehen, nur 2 Prozent beiträgt (Grafik). In China dagegen geht rund die Hälfte aller Kohleemissionen in die Luft.



Ein deutscher Alleingang beim Kohleausstieg würde die heimischen Privathaushalte erneut belasten – sie zahlen für die Förderung der erneuerbaren Energien im Schnitt bereits 220 Euro im Jahr.

Mehrkosten von 9 Euro entstehen etwa dadurch, dass in den Ausstiegsszenarien der vergleichsweise günstige Braunkohlestrom durch teurere Technologien ersetzt werden müsste.

Die Abschaltung von Kohlekraftwerken könnte zudem die sichere Stromversorgung gefährden. Denn mehr als 40 Prozent des deutschen Stroms kommen nach wie vor aus Kohlekraftwerken. Zwar decken zunehmend auch erneuerbare Energien die Stromnachfrage, sie können das aber anders als viele fossile Kraftwerke nicht stets verlässlich tun.

Um den globalen Kohleverbrauch zu senken, hätte ein ganz anderes Vorgehen seinen

Charme. Wenn man rund um den Globus sieht, dass die regenerative Stromerzeugung in Deutschland verlässlich und subventionsfrei funktioniert, dann dürften sich auch andere Staaten dazu entschließen, in die deutschen Klimafußstapfen zu treten.

Kernaussagen in Kürze:

- Wenn der Klimaschutz wirklich gelingen soll, ist ein europäisches bzw. globales Vorgehen nötig.
- Deutschland trägt zu allen CO₂-Emissionen, die weltweit durch Kohleverstromung entstehen, nur 2 Prozent bei.
- In China geht rund die Hälfte alle Kohleemissionen in die Luft.